



IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim
Email: vorstand@iedf.de Homepage: www.iedf.de



VOS-Geschäftsstelle Uhlandstraße 120 10717 Berlin
Email: vos-berlin@vos-ev.de Homepage: www.vos-ev.de

Mannheim/ Berlin, den 07.04.2021

**Herrn
Ministerpräsident Armin Laschet,
Staatskanzlei NRW
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf**

**Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF) und
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS)**

Wahlprüfsteine – ein Signal der Hoffnung aus Düsseldorf ?

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident und Bundesvorsitzender der CDU,
vor dem Hintergrund der bevorstehenden Wahlen zum 20. Bundestag wenden wir uns mit einem besonderen, wenn auch für die CDU nicht neuen Anliegen an Sie als Ministerpräsidenten des Bundeslandes NRW und gleichzeitig als Bundesvorsitzenden der CDU und potentiellen Bundeskanzler.

In Ihrer Funktion als Ministerpräsident NRW danken wir Ihnen, dass sich Ihre Landesregierung, insbesondere über den *Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern* Heiko Hendriks auch den Sorgen der SED-Opferverbände widmet. Im Ergebnis seines Engagements ist im Protokoll zum zweiten „Runden Tisch“ vom 10.11.2020 festgehalten, dass der für Bundes- und Europaangelegenheiten zuständige Staatssekretär Dr. Mark Speich an den virtuellen Gesprächen teilgenommen hat, was wir als ein besonders verheißungsvolles Indiz für eine in Aussicht genommene Bundesratsinitiative ansehen.

IEDF und VOS blicken auf 2 Jahrzehnte zurück, die durch eine durch und durch negative Haltung gegenüber den Flüchtlingen aus der DDR, den Ausreiseartragstellern und den aus politischer Haft Freigekauften gekennzeichnet war. Im Hinblick auf Ihre Funktion als CDU-Bundesvorsitzender hegen wir die Hoffnung, dass diese „bleierne Zeit“ nun ein Ende hat.

Denn es war ausgerechnet die Union, die etliche parlamentarische Initiativen aus den Jahren 2011 bis 2020 hat scheitern lassen. Das ist keine Behauptung. Es ist die bittere Erfahrung.

Die Flüchtlinge aus der DDR waren im Prinzip potentielle Anhänger und Wähler von CDU/ CSU. Vor diesem Hintergrund sind diese realen Erkenntnisse besonders verstörend.

Auf unserer Internetplattform **www.flucht-und-ausreise.info** haben wir unsere Kontaktversuche zur Bundesregierung und zu der einst von Volker Kauder geleiteten Bundestagsfraktion dokumentiert und veröffentlicht.

Hier sind die folgenden Kapitel zu nennen:

- **Monologe mit der Bundeskanzlerin – Oder das gesammelte Schweigen von Frau Dr. Merkel**
- **Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge durch CDU/CSU - eine Zwischenbilanz – Die Unionsparteien als Erfüllungsgehilfen der unionsgeführten Bundesregierung**
- **Die SPD im Wandel der Legislaturperioden – Von der Allmacht von CDU/CSU und der Janusköpfigkeit der SPD**

Die von IEDF und VOS vertretenen DDR-Altübersiedler (Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller, Freigekaufte, Abgeschobene) standen einst für Freiheit, Demokratie und Ablehnung der Diktatur und haben in dem Prozess, der zum Sturz des SED-Regimes geführt hat, eine bedeutende und von der Fachwelt anerkannte Vorreiterrolle gespielt.

Mit einer „politischen Entscheidung“ - Originalton BMAS -, die vom Gesetzgeber zu keiner Zeit legitimiert worden ist, wurde nach der Herstellung der deutschen Einheit rückwirkend in die Altersversorgung der DDR-Flüchtlinge eingegriffen, mit teilweise verheerenden Folgen.

Es ist eine böse Ironie, dass ausgerechnet diesen Menschen nach der Wiedervereinigung durch eine mysteriöse politisch motivierte Entscheidung ein Platz am Katzentisch der freiheitlichen Gesellschaft zugewiesen und zugemutet wird.

Im Vergleich dazu ist festzustellen, dass die DDR-Rentenanwartschaften der ehemaligen Kader der DDR-Nomenklatura von der Bundesrepublik Deutschland, die sie immer bekämpft hatten, wie selbstverständlich in einer von ihnen nicht zu erwartenden und auch nicht verdienten Weise aufgewertet worden sind.

Wir erwarten, dass die Christlich-Demokratische Union, deren Vorsitzender Sie jetzt sind, ihre bisherige Ignoranz gegenüber den berechtigten Forderungen der Verbände IEDF und VOS kritisch überdenkt, ihre Haltung endlich korrigiert und einen Nachteilsausgleich für die diskriminierende Schlechterstellung der DDR-Altübersiedler anstrebt.

Nach den positiven Signalen, die wir aus Ihrer Staatskanzlei erhalten haben, gehen wir davon aus, dass Sie nicht nur im Falle der Übernahme von Bundesverantwortung zügig eine Lösung herbeiführen.

Anliegend schicken wir Ihnen im ersten Schritt die Wahlprüfsteine der IEDF, die an alle im aktuellen Bundestag vertretenen Parteien gehen. Es wird sich zeigen, ob es seitens unserer Verbandsmitglieder wieder ein Vertrauen in den Rechtsstaat geben kann.

Wir hoffen auf einen diesbezüglichen politischen Sinneswandel in der 20. Legislaturperiode.

Mit freundlichen Grüßen



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
Vorsitzender IEDF



Felix Heinz Holtschke
VOS Landesvorsitzender NRW

Anlage: Wahlprüfsteine der IEDF einschl. Anschreiben